NEUES FORUM Leipzig



Stadtvorstand

Roßmarktstraße 30
04177 Leipzig

Tel.: 0341 – 4 80 72 07
Fax: 0341 – 6 89 86 19

20. August 2004

Presseerklärung

Ja – zur Einladung an Oskar Lafontaine.
Rederecht für Oskar Lafontaine auf der Montagsdemo!

Angesichts der öffentlichen Diskussion um die vom *„Aktionsbündnis Soziale Gerechtigkeit – Stoppt den Sozialabbau (Leipzig-Nordsachsen)“* an Oskar Lafontaine ergangene Einladung, auf der Kundgebung der Leipziger Montagsdemonstration am 30. August zu sprechen, erklären wir:

Die bisher vertretene Linie der Organisatoren im *„Aktionskreis Frieden“* bzw. im *„Sozialforum Leipzig“*, keinen Parteifunktionären ein Podium zu geben, können wir verstehen.
Diese Regelung ist der Lage geschuldet, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien sich in den letzten Jahren um den Sozial-Abbau verdient gemacht haben, ob in Regierungsverantwortung auf Bundes- oder auf Landesebene (z. B. auch Berlin und Mecklenburg-Vorpommern).

Wir verstehen nicht, weshalb Oskar Lafontaine – sofern er die Einladung annimmt – das Rederecht verweigert werden soll.
Oskar Lafontaine ist heute weder Parteifunktionär noch vertritt er die Position der Bundesregierung.
Er hat sich – gleich einigen Rednerinnen und Rednern auf der Montagsdemo – deutlich für den Rücktritt Gerhard Schröders und gegen die Konter-Reformen ausgesprochen.

Wer wollte ernstlich auf prominente Unterstützung im Kampfe gegen *„Hartz IV“* verzichten?
Wir nicht! Wir schließen uns daher der Auffassung des *„Aktionsbündnis Soziale Gerechtigkeit – Stoppt den Sozialabbau (Leipzig-Nordsachsen)“* an und befürworten auch unsererseits die an Oskar Lafontaine ergangene Einladung.

Stadtvorstand des NEUEN FORUM Leipzig
Rainer Müller, Carl Jesche
und
Stadträtin des NEUEN FORUM Leipzig
Marion Ziegler

Oskar erhitzt die Gemüter: Wird Lafontaine reden am 30. August?

geschrieben von: Ralf Julke am Samstag, 21. August 2004



Der Termin stand schon Anfang des Sommers fest: Am 30. August ruft das **„Aktionsbündnis: soziale Gerechtigkeit"** auf zur Montagsdemonstration. Im Aktionsbündnis haben sich der Arbeitslosenverband Sachsen, der Sozialverband Sachsen, der Aktionskreis Frieden, die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, die Wählervereinigung Volkssolidarität-Bürgerallianz, Gewerkschaften und die Gesellschaft für Völkerverständigung zusammen getan. Dieses Aktionsbündnis war es auch, das den ehemaligen SPD-Vorsitzenden **Oskar Lafontaine** eingeladen hat. Und der Saarländer hat zugesagt. Am 30. August nimmt er an der Leipziger Montagsdemonstration teil. Verwirrend ist eher - an welcher?

Denn polizeilich angemeldet sind für diesen Tag gleich drei. Die vom **Sozialforum Leipzig** organisierte, die am letzten Montag fast 30.000 Leipziger auf die Straße brachte. Darunter auch viele, die sonst erst am 30. gekommen wären. Aber die Ausgabe der 16-seitigen Fragebögen an die Anwärter auf des berüchtigte ALG II hat bei vielen aus Unsicherheit Zorn werden lassen. „Der Groschen ist gefallen", sagte **Winfried Helbig**, Sprecher des Sozialforums, in der letzten Woche. „Die Leute haben endlich begriffen, dass es ihnen an den Kragen geht."

Die zweite Montagsdemo, angemeldet von der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, hat ihren Startplatz wieder am Willy-Brandt-Platz, findet aber weder bei Demonstranten noch den Veranstaltern der anderen Proteste so recht Gegenliebe. Trotzdem hat das Ordnungsamt wieder ein logistisches Problem: Wo lässt man wen marschieren, damit es keine Zusammenstöße gibt?

Dass das Aktionsbündnis soziale Gerechtigkeit mit dem Sozialforum zu einer Einigung kommen wird, dessen ist man sich zumindest beim Aktionsbündnis sicher. „Steht auf: Gegen Sozialabbau - Für soziale Sicherheit - Für eine sozial gerechte Politik" ist das Motto seiner Demo. Auch Pfarrer **Christian Führer** will am 30. August mitmarschieren. Diese Zusage ist es, die ihn bislang gehindert hat, zu den Umzügen des Sozialforums zu gehen. Eine Verschmelzung dieser beiden Demonstrationen liegt in der Natur der Sache. Aber wird Oskar Lafontaine auch reden?

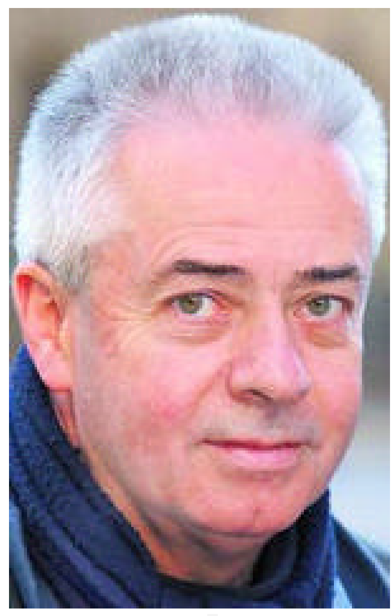
Denn bislang ließ das Sozialforum auf den Abschlusskundgebungen keine Parteiredner zu. Möglich, dass sich das im Fall Oskar ändert. Am Freitag meldete sich auch das Neue Forum Leipzig zu Wort: "Wir verstehen nicht, weshalb Oskar Lafontaine - sofern er die Einladung annimmt - das Rederecht verweigert werden soll. Oskar Lafontaine ist heute weder Parteifunktionär noch vertritt er die Position der Bundesregierung. Er hat sich - gleich einigen Rednerinnen und Rednern auf der Montagsdemo - deutlich für den Rücktritt Gerhard Schröders und gegen die Konter-Reformen ausgesprochen."

Seine Teilnahme hat Lafontaine dem Aktionsbündnis mittlerweile zugesagt. Das Ergebnis: Zusehends bekommt er scharfen Wind aus Berlin ins Gesicht. „Die Schonzeit für Oskar Lafontaine ist vorbei“, verkündete SPD-Parteivorsitzender **Franz Müntefering**. Christian Lamß kann bei solchen Äußerungen nur mit den Schultern zucken: „Wo Lafontaine hingeht, bekommt er die Aufmerksamkeit der Medien. Und er gilt als schärfster Gegner von Hartz IV. Warum sollten wir ihn nicht einladen?“ Ob Oskar dann auch rede oder nur einfach mitmarschiere, das sei dann schon egal. Wichtig sei, dass er kommt.

Info: ***http://www.aktionsbuendnis-leipzig.de/***

"Lafontaine brauchen wir bei unseren Protesten nicht"

Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV: Interview mit Pfarrer Christian Führer von der Leipziger Nikolaikirche



Großansicht

Am 2. Oktober findet in Berlin die erste zentrale Großdemonstration gegen die rot-grünen Arbeitsmarkt-Reformen – Hartz IV genannt – statt. Das ist das wichtigste Ergebnis eines Treffens der Organisatoren von Montagsprotesten aus mehr als 50 Städten, die sich in Leipzig über die soziale Einheit Deutschlands austauschten. Einer der Teilnehmer dieser in der Tradition der Runden Tische des Wendeherbstes 1989 stehenden Beratung war Pfarrer Christian Führer von der evangelischen Leipziger Nikolaikirche. Mit ihm sprach Hans Heise.

Womit hat sich dieser Runde Tisch beschäftigt?

In Leipzig, der Wiege der friedlichen Revolution gegen das SED-Regime, haben wir – oft in kontroverser Diskussion – einen Klärungsprozess zum Abschluss gebracht, der nach dem zunehmenden Missbrauch der Montagsdemonstrationen durch linke und rechte Kräfte für parteipolitische und ideologische Zwecke aufgebrochen war.

Was ist unter Klärungsprozess zu verstehen?

Es ging um die Wahrung der Selbständigkeit, der Durchschlagskraft und der Überparteilichkeit der Demos als Ausdruck des Kampfes gegen Hartz IV. Wichtig waren konkrete Ergebnisse. So werden die Organisatoren der Proteste bundesweit für den 2. Oktober zu einer ersten zentralen Großdemonstration in Berlin aufrufen. Außerdem wurde von allen Teilnehmern, darunter auch DGB-Chef Michael Sommer (SPD), unterstrichen: Die Montagsdemos dürfen vor allem im Osten nicht mehr als Stimmenfangaktionen von PDS und rechten Gruppierungen missbraucht werden. Man wird das bei der Vorbereitung künftig stärker beachten.

Nun soll ja Oskar Lafontaine heute abend auf der Demo vor dem Opernhaus in Leipzig sprechen...

Die Einladung an den Ex-SPD-Chef haben wir als Verantwortliche der Nikolaigemeinde nicht ausgesprochen. Das war wohlüberlegtes Kalkül der Wahlinitiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die als Trittbrettfahrer das Forum heute Abend nutzen will, um einen weiteren Schritt auf das Ziel neue Linkspartei hin zu tun. Ich sage: Oskar Lafontaine brauchen wir bei unseren Protesten nicht. Es war bisher ungeschriebenes Gesetz, dass die Montagsdemonstrationen Podium des Volkes sind. Das ist mit der eingetretenen Entwicklung gefährdet. Mehr noch: Die Angst und Unruhe der Menschen wird durch gruppenegoistische Ziele – vor allem jetzt mit Blick auf die Landtagswahlen am 19. September in Sachsen – ausgenutzt. Deshalb werde ich mich erst danach wieder an Protestdemonstrationen beteiligen. Im übrigen stehen wir mit dieser Haltung nicht allein da: Im Streit um die Lafontaine-Rede trat inzwischen auch Winfried Helbig, der Sprecher des Mitveranstalters Leipziger Sozialforum, zurück.

Den von der Nikolaikirche ausgehenden Montagsdemonstrationen gingen stets Friedensgebete voraus. Werden Sie daran festhalten?

Natürlich wird es wie seit 1982 auch weiterhin jeden Montag Friedensgebete in unserer Kirche geben. Dazu ist jeder herzlich willkommen. Nach den machtvollen Aktionen im Herbst 1989, die zum Sturz des SED-Regimes führten, schlossen sich seit dem Frühjahr dieses Jahres den thematisch gestalteten Gebeten wieder Demonstrationen an – erst für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Osten Deutschlands, später für die Beendigung des Mordens im Irak. Doch jetzt – sozusagen bei der Stimmungsmache auf Teufel komm raus – kann man vorerst nicht mehr auf mich und die Unterstützung durch die Nikolaigemeinde zählen.

Was wäre denn ein möglicher Anlass für ein erneutes Engagement?

Sehen Sie, Hartz IV ist ja nicht der Abgrund, vor dem vor allem der Osten steht. Hartz IV ist vielmehr der endlich eingeleitete Beginn notwendiger Reformen unseres Sozialstaates. Als wichtige Aufgabe für die rot-grüne Bundesregierung steht aber nach wie vor, der Bevölkerung diese Reformen und deren Notwendigkeit zu erklären, sie den von Arbeitslosigkeit viel stärker betroffenen Menschen im Osten unseres Landes Schritt für Schritt näher zu bringen. Überdies könnte bei Hartz IV durchaus noch nachgebessert werden. Es darf keine endgültige soziale Spaltung zwischen Ost und West, vor allem keine Spaltung zwischen Menschen mit und ohne Arbeit geben.

Wie könnte das Ihrer Meinung nach erreicht werden?

Wir Ostdeutsche können bei der Gestaltung einer Revolution auf Erfahrungen von 1989 verweisen. Damals war es ein friedliches Aufbegehren des Volkes, das zum Erfolg führte. Heute würde eine mentale Revolution – da bin ich mir sicher – ein ähnliches Ergebnis bringen. Denn Gewalt – ob Eierwurf oder Prügelei zwischen ideologisch gegensätzlich ausgerichteten Gruppierungen – hat bei Protestdemonstrationen nichts zu suchen. Verbesserung der sozialen Lage schließt schlagende Argumente aus.

Montag, 30.08.2004